

Interpellation Surber-St.Gallen (23 Mitunterzeichnende) vom 18. September 2019

Entsprechen die Bedingungen im Massnahmenvollzug und in der Untersuchungshaft den Empfehlungen der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter?

Schriftliche Antwort der Regierung vom 17. Dezember 2019

Bettina Surber-St.Gallen stellt in ihrer Interpellation vom 18. September 2019 verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Einhaltung der Empfehlungen der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) hinsichtlich der Haftbedingungen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Nach Art. 2 Bst. a und b des Bundesgesetzes über die Kommission zur Verhütung von Folter (SR 150.1) überprüft die NKVF regelmässig die Situation von Personen, denen die Freiheit entzogen ist, und besucht regelmässig alle Orte, an denen sich diese Personen befinden oder befinden könnten. Sie gibt insbesondere Empfehlungen an die zuständigen Behörden ab, mit dem Ziel, die Behandlung und die Situation der Personen, denen die Freiheit entzogen ist, zu verbessern.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Die Regierung ist bestrebt, die Einschliessungszeiten beim Massnahmenzentrum Bitzi entsprechend den Empfehlungen der NKVF vom 15. November 2018 betreffend das Wochenende (Samstag und Sonntag) auszugestalten. Wie sie in der von der Interpellantin erwähnten Stellungnahme vom 4. Juli 2019 zum Bericht der NKVF bereits ausgeführt hat, werden sich mit der bevorstehenden Inbetriebnahme des Neubaus die Haftbedingungen in der Geschlossenen Betreuungsabteilung (GBA) spürbar verbessern. So werden Betriebsabläufe derart angepasst, dass sich auch in Bezug auf die Einschliessungszeiten Optimierungen ergeben. Der weiterhin bestehende personelle Engpass von je 80 Stellenprozenten je Wohngruppe der GBA lässt eine vollständige Umsetzung der Empfehlungen hinsichtlich der Einschliessungszeiten allerdings nicht zu.
2. Aufgrund bestehender Kollusionsgefahr erfordert die Untersuchungshaft in der Regel eine Isolation gegen aussen und teilweise auch gegen innen. Dies bedeutet namentlich ein Verbot der Benutzung eines Telefons, eine Briefkontrolle durch die Staatsanwaltschaft, überwachte Besuche durch die Staatsanwaltschaft oder die Polizei und ein Kontaktverbot mit Insassen, die im Rahmen eines anderen Haftregimes über Aussenkontakte verfügen.

Am Beispiel des Regionalgefängnisses Altstätten lässt sich zu den Haftbedingungen von Untersuchungshäftlingen in den Gefängnissen des Kantons St.Gallen festhalten, dass bei täglich einer Stunde Aufenthaltszeit im Freien die restliche Einschliessungszeit von 23 Stunden – abhängig von den Vorgaben der Staatsanwaltschaft – durch mehrere Massnahmen zu verkürzen bzw. erträglicher zu gestalten versucht wird. Sofern betrieblich möglich, wird den Insassen täglich ein Spaziergang von 1,5 Stunden angeboten. Dabei werden die Spaziergruppen nach Möglichkeit ausschliesslich mit Untersuchungshäftlingen zusammengestellt. Zweimal je Woche steht den Häftlingen zum einen der Besuch des Fitnessraums für die Dauer einer Stunde offen. Zum anderen wird ihnen ausserhalb der Zellen die Benutzung der

Duschen ermöglicht. Einmal je Woche wird den Häftlingen sodann die Gelegenheit gegeben, die Bibliothek zu besuchen, um sich neue Bücher auszuleihen, und mit einem Seelsorger ein Gespräch zu führen. Alle zwei Wochen können ausserhalb der Zellen mit dem Sozialdienst Probleme besprochen werden. Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen für Untersuchungshäftlinge demgegenüber keine. Im Erweiterungsbau des Regionalgefängnisses Altstätten sind solche Möglichkeiten indessen vorgesehen.

Im vorzeitigen Vollzug gelten die gleichen Regeln wie für die Untersuchungshaft. Falls keine individuellen Einschränkungen vorgegeben sind, können die Insassen aber zusätzlich zweimal je Woche ohne Überwachung telefonieren, einen freien Briefverkehr pflegen und einmal je Woche für eine Stunde unbewacht, aber in der Regel hinter einer Trennscheibe, Besuche empfangen. Für die Insassen im vorzeitigen Strafvollzug besteht Arbeitspflicht. Nach einer Wartefrist von zwei Monaten nach Eintritt arbeiten sie nach Möglichkeit über einen Zeitraum von vier Wochen abwechselnd mit Pausen von ebenfalls rund vier Wochen. Bei langer Anwesenheit und gutem Verhalten besteht im Übrigen die Möglichkeit, in eine Abteilung mit Zellenfreigang zu wechseln. Dies bedeutet täglich drei Stunden Zellenfreigang in der Gruppe mit freiem Zugang zum Telefon, zur Dusche, zum Spazierhof und zum gemeinsamen Aufenthaltsraum.

3. Mit den geltenden Haftbedingungen werden die Empfehlungen der NKVF derzeit – wie in den meisten anderen Kantonen auch – nur teilweise eingehalten. Die generelle Forderung der NKVF, wonach die Insassen höchstens während 20 Stunden eingeschlossen sein dürfen, ist derzeit nicht umgesetzt. Die Kantone sind sich allerdings einig, dass die Situation verbessert werden soll. So hat die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag, Vorschläge für eine Verbesserung der Haftbedingungen bei der strafprozessualen Haft zu erarbeiten. Bei den Kantonen wurde eine Umfrage gemacht und ausgewertet, wobei es darum ging, eine Übersicht über die Situation sowie gute Umsetzungsbeispiele zu erhalten. Es wird ein Phasenmodell diskutiert mit einer zeitlich limitierten Eintrittsphase, einer Haftphase mit und einer Haftphase ohne Auflagen der Verfahrensleitung. Für alle Phasen werden Empfehlungen zu verschiedenen inhaltlichen Themen erarbeitet (z.B. Ablauf des Eintritts, Abklärung des Gesundheitszustands, Unterbringung, Umsetzung des Trennungsgebots, Einschlusszeiten, Beschäftigung, Freizeit, Umgang mit Medien in den Einrichtungen, Kontakte zur Aussenwelt, medizinische Betreuung, soziale Betreuung, Über- und Austritt usw.). Die KKJPD wird die Vorschläge voraussichtlich im Jahr 2020 diskutieren und über Empfehlungen entscheiden. Als Folge der unterschiedlichen Phasen mit unterschiedlichen inhaltlichen Anforderungen wird zu entscheiden sein, welche Gefängnisse künftig für welche Vollzugsaufgaben geeignet sind. Voraussichtlich werden die beiden Gefängnisse in der Stadt St.Gallen für die ersten, restriktiveren Haftphasen in Frage kommen, während die Haftphase ohne Auflagen der Verfahrensleitung, wenn also namentlich keine Kollusionsgefahr mehr gegeben ist, im Regionalgefängnis Altstätten vollzogen werden sollten. Dort ist einerseits Gruppenvollzug möglich und andererseits besteht ein Arbeits- und auch Freizeitangebot, das mit der Erweiterung, wie bereits erwähnt, wesentlich ausgebaut wird. Sobald die Vorschläge der KKJPD vorliegen, wird die Regierung die möglichen Verbesserungen und deren (finanziellen) Auswirkungen in einer Gesamtschau auf lange Sicht prüfen und Massnahmen beschliessen.
4. Die derzeitige Ausgestaltung der Haftbedingungen lässt sich nicht nur mit der Gebäudesituation – bei der es zurzeit an Arbeits- und Beschäftigungsräumen sowie an Freizeiträumen, namentlich Bewegungsräumen, Spazierhöfen, Aufenthaltsräumen oder Unterrichtsräumen für Gefangene mangelt – erklären, sondern sind ebenso auf die fehlenden personellen Ressourcen zurückzuführen. Beim Regionalgefängnis Altstätten ist das Betriebskonzept auf die Betriebszeiten ausschliesslich an Werktagen zwischen 07.00–12.00 Uhr und 13.00–18.00

Uhr ausgerichtet. Ausserhalb dieser zehn Stunden an Werktagen wird das Gefängnis in einem Nacht- bzw. Wochenendmodus mit stark reduziertem Personalbestand betrieben, weshalb in dieser Zeit namentlich keine längeren Zellenöffnungs- und/oder Besuchszeiten möglich sind. Kommt hinzu, dass die Haftbedingungen auch durch Auflagen der Verfahrensleitungen für Untersuchungshaft, Sicherheitshaft und vorzeitigen Vollzug massgebend beeinflusst werden können.

5. In den bestehenden Räumlichkeiten könnten mittels Erhöhung personeller Ressourcen gewisse Verbesserungen bei den Haftbedingungen erreicht werden. Ein Ausbau der einschränkenden Betriebszeiten oder zumindest eine Verlängerung der Betriebszeiten um zwei Stunden je Werktag würden zusätzliche Möglichkeiten im Bereich Ausdehnung der Spazierzeiten oder des Zellenfreigangs eröffnen. Baulich fehlt es gleichzeitig an Arbeits- und Beschäftigungsräumen sowie an Freizeiträumen. Das Gebäudevolumen innerhalb der Anstalten ist ausgeschöpft. Erst mit dem Bezug des Erweiterungsbaus des Regionalgefängnisses Altstätten wird sich die Situation entschärfen.